

Netzwerk Friedenskooperative

Network of the German Peace Movement

[FF2013-1](#)



Hintergrund

Jenseits des Verteidigungsauftrags der Bundeswehr

Kalkar - Drehkreuz militärischer Gewalt in unserem Land

Bernhard Trautvetter

Vom 9. bis zum 11. Oktober fand in Kalkar die NATO-Konferenz "Kriegsführung im 21. Jahrhundert" statt. Es ging dabei im Untertitel um die Frage, ob Luft-Kräfte einen Aufstieg oder einen Niedergang in ihrer Wichtigkeit erleben.

Laut Website des Joint Air Power Competence Centre (http://www.japcc.de/combat_air.html) war Ziel der Konferenz, Luft- und Raumfahrt auf Herausforderungen des 21. Jahrhunderts abzustimmen. Dazu bedürfe es der Integration von Luft-, Raumfahrt- und Cyber-War-Strategien über das Internet mit elektronischer Kriegsführung.

Der Name `Combat Air` heißt Luftschlacht. Dieser Militärzweig in Kalkar ist laut Web-Text verantwortlich für die Koordination und Entwicklung von Strategien, Partnerschaften für sog. `Friedensprogramme`, elektronische Kriegsführung, Bekämpfung feindlicher Verteidigung, Luft-See-Operationen und die Steuerung von Präzisionsmunition, die mit abgereichertem Uran die Härte erlangt, präzise Panzer und Bunker zu durchdringen. Kalkar ist auch für bemannte und unbemannte Luftschlacht-vehicle, also Drohnen, zuständig. Die Maizišres aktuelle Planungen werden hier konkret: Drohnen werden für völkerrechts- u. menschenrechtswidrige Exekutionen `weicher Ziele` (Menschen) angewandt. Die USA praktizieren dies im Jemen, in Pakistan und anderswo über Staatsgrenzen hinweg und auch noch mit häufiger Tötung Unbeteiligter. Das ist nicht nur juristisch intolerabel, sondern es bedeutet auch nicht-hinnehmbaren Mord und Totschlag.

Die Space-Kapazitäten entwickelt die Nato u. a. in zweijährigen `Schriever-Games`. (http://japcc.de/fileadmin/user_upload/Reports/Flyer/Flyer_5/2012-06-04_JAPCC_Flyer_Ed-5_web.pdf). Hier erfährt man, dass die Koordination, die `Missions-Effektivität`, die Kraft zum Durchhalten und Wiedererstarken so gesteigert und die Risiko-Anfälligkeit so gemindert werden können, dass die Wichtigkeit des Durchspielens von Krieg nicht hoch genug eingestuft werden kann. Es werden Luft-, Raumfahrt- und Cyber-War- (Internet-basierter Datenkrieg) Komponenten verknüpft: *"Das Spiel ist an die Anforderungen angepasst, die eigene Freiheit im Raum- und Cyberkrieg zu unterstützen."*(website a.a.O, Übersetzung BT) Der Cyber-Krieg findet bereits statt, wie der Wurm Stuxnet zeigt, den Israel und die USA für einen Angriff auf iranische Atomanlagen entwickelten. *"Das Cyberkrieg-Programm sei noch zu Zeiten von ... George W. Bush aus der Taufe gehoben worden. Erst in der Amtszeit des ... Präsidenten seien ... Computerexperten mit dem komplexen Wurm fertig geworden."*(Stern online 21.6.12)

2003 fand der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Irak statt, zu dem die Air Space Power Course Website einen Link anbietet, wo es heißt, dass die Koordination von Luft- und Raumfahrt entscheidend für den Sieg gewesen sei. Für diese Koordination steht Maj P. Verroco, Chef der Nato Luft- und Raum-Politik und Nato-Strategie der JAPCC in Kalkar.

Protest in Kalkar

Wir müssen auf Einhaltung des Grundgesetzes drängen, demzufolge die Bundeswehr ein Verteidigungsinstrument ist, das allein auf Basis eines Bundestagsbeschlusses eingesetzt werden kann.

Die Ostermarsch-Bewegung demonstrierte am 3.10.2012 in Kalkar für die Einhaltung des Friedensgebots des Völkerrechts. Sie begann den friedlichen Widerstand gegen diese insgeheim laufende Militarisierung. Am 24.4.12 sagte Gen.ltn Schelzig, auch in Kalkar... sei *"das Thema Auslandseinsatz allgegenwärtig"* (IDLW). Das Kriegsplanungszentrum in Kalkar muss also ersatzlos geschlossen werden, denn die Bundeswehr darf nur Angriffsabwehr sein, die Nutzung bewaffneter Drohnen darf nicht beginnen. Krieg darf nicht von hier ausgehen.

Das Ostermarschkomitee Rhein-Ruhr schrieb einen von Willi Hoffmeister unterzeichneten offenen Brief an NRW-Ministerpräsidentin Kraft. Zitat: *"... am nächsten 3. Oktober..., soll alles in Kalkar `perfekt` sein: Die Verschmelzung der NATO- und Bundeswehrluftwaffen-kontingente zum Führungszentrum für ... Luftoperationen inklusive des Weltraumlagezentrums. Jeder Punkt Eurasiens nördlich der Alpen könnte dann mit von dort aus gesteuerten Bomben, Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen erreichbar sein...."*

Wir bitten Sie ..., Ihre Zustimmung ... zurückzuziehen.

Wir appellieren an ... alle Ihre Regierungsmitglieder: Von NRW darf kein Krieg ausgehen!"

Link zum Brief an H.Kraft: <http://www.ag-friedensforschung.de/bewegung/kalkar-brief.pdf>. Der Beitrag von Trautvetter wurde von der Redaktion leicht gekürzt.

Bernhard Trautvetter: 58 Jahre, Lehrer u.a. für Politik, Englisch, Mitglied des Sprecherkreises des Essener Friedensforums, Fotograf (www.essenart.de), Zeitschriften-Beiträge v.a. zur Friedensfrage.

E-Mail: [btrau \(at\) web \(Punkt\) de](mailto:btrau(at)web(Punkt)de)

Hintergrund

Wahlen in den USA

Im Westen - friedenspolitisch - nichts Neues?

Andreas Buro

US-Präsident Obama wurde wiedergewählt, doch der Sieg war sehr begrenzt. 50,6% der Stimmen für ihn, 47,8% für seinen Rivalen. Er hat also innerhalb der Bevölkerung eine nur sehr knappe Mehrheit und eine sehr gewichtige Minderheit, die von den in der Wirtschaft herrschenden Eliten stark beeinflusst wird.

Schlimm auch: Im Repräsentantenhaus konnten die Demokraten die Mehrheit nicht zurück gewinnen und im Senat haben sie zwar die Mehrheit, doch braucht man dort aufgrund besonderer Verfahrensregeln oftmals 60 Stimmen, um ein Gesetz durchzubringen. Die Demokraten haben jedoch nur 55. (1) Die Bedingungen, die Obama in seiner ersten Legislatur-Periode so viele Schwierigkeiten bereitet haben, sind demnach auch weiter wirksam.

Die bisherige friedenspolitische Bilanz des Nobelpreisträgers ist nicht eindrucksvoll. Den Afghanistan-Krieg hat er eskaliert und friedenspolitische Ansätze ignoriert. Im israelisch-palästinensischen Konflikt konnte er nichts bewegen - die Siedlungen werden weiter gebaut. Die qualitative Aufrüstung geht den unheilvollen Drohnenweg und schafft durch ihr killing everywhere die Voraussetzungen für einen unbegrenzten und unerklärten Weltkrieg (War on Terror).

Cyberwar wird bereits gegen den Iran eingesetzt, ganz abgesehen von Sabotage und Mordaktionen. Dazu kommt die systematische Aufwiegelung und Bewaffnung von Minderheiten als zukünftige `Willige` zum Zwecke des Regime Change. Willige in Spannungszonen werden aufgerüstet. Die Kuba-Frage bleibt ungelöst. Die US-Streitkräfte werden im pazifischen Raum konzentriert. Offensichtlich bereiten sich die USA auf eine Politik der Stärke gegenüber der aufsteigenden Weltmacht China vor. Die Charme-Offensive Obamas gegenüber den arabischen Staaten ist mittlerweile vom Winde verweht.

Positives

Ich breche hier ab und frage, ob es denn friedenspolitisch nichts Positives zu vermelden gibt? Doch ja! Gegenüber der Angriffsbereitschaft Israels ist es der Regierung Obama bisher gelungen, einen Krieg gegen Iran zu verhindern - eine sehr wichtige Leistung. Ihr schließt sich die Frage an, ob die USA in Zukunft eine konstruktive Haltung gegenüber dem Atomkonflikt mit Iran einzunehmen bereit ist. Bisher schleppt sie noch die ganzen alten Sanktionen aus der Zeit nach dem Sturz des Schahs weiter. Was diese mit der Atomfrage zu tun haben, ist nicht erkennbar. Es handelt sich wohl um die Racheaktionen für den Sturz des Schahs. Damit deutet sich eine grundsätzliche Feindschaft an, die mit dem Wunsch nach Regime Change verbundenen ist - friedenspolitisch eine Blockade!

Der Vorgänger von Obama, Präsident Bush jr., hatte wenig Interesse an Rüstungskontrolle oder gar an Abrüstung. Sich verlassen auf die eigene Stärke war eher seine Devise. Obamas Bestreben unterschied sich erheblich von dieser Haltung. Marco Fey bezeichnet sie sogar als sehr ehrgeizig. (2) Er wollte sowohl die Verminderung der Anzahl und Bedeutung von Atomwaffen erreichen, den Nichtweiterverbreitungsvertrag (NVV) stärken und die Sicherheit durch Verhinderung von Proliferation und etwaigen Nuklearterrorismus verbessern. Es ist der Obama-Administration in der Tat gelungen, einen neuen strategischen Abrüstungsvertrag (New START) mit Russland abzuschließen und ihn schließlich unter großen Schwierigkeiten und zum

Teil erbitterten Widerstand der Republikaner ratifizieren zu lassen. In diesem Zusammenhang kam in der Nuclear Posture Review vom April 2010 die verminderte Bedeutung von Atomwaffen zum Ausdruck. Die Durchsetzung eines Ersteinsatz-Verbots (No-first-use) wurde jedoch nicht erreicht, sondern nur als Fernziel genannt.

Der zweite Schwerpunkt der Administration, die Stärkung des NVV-Vertrags spiegelte sich in der relativ erfolgreichen NVV-Überprüfungskonferenz von 2010 wieder. Bei dieser Gelegenheit nannte US-Außenministerin Clinton zum ersten Mal die Sprengkopffzahlen des US-Nukleararsenals. Die US-Delegation befürwortete bei dieser Gelegenheit die Einrichtung einer Zone im Nahen Osten ohne Massenvernichtungswaffen.

Das Anliegen, die nukleare Sicherheit zu verbessern, wurde im April 2010 mit der Einberufung des ersten Nuclear Security Summits (NSS) durch die USA eingeleitet. Ein dritter NSS soll 2014 in den Niederlanden stattfinden. Hier handelt es sich um ein fortlaufendes Projekt, um unter anderem hochangereichertes Uran einzusammeln und sicher zu verwahren.

Zu bedenken ist allerdings, dass die verheißene Welt ohne Atomwaffen von den USA durch die Modernisierung ihrer Atomwaffen beantwortet wird, was bis nach Büchel in Deutschland ausstrahlt. Die USA wollen das Risiko einer Verbreitung von Atomwaffen herabsetzen, ohne erkennbar selbst darauf zu verzichten. Stattdessen entwickeln sie Waffensysteme, die für die aktuelle Kriegsführung geeignet sind, was für Atomwaffen nicht gilt. Sie dienen allenfalls der Abschreckung, doch damit ist man so gleich wieder mitten in der Militärpolitik. So sehr die hier genannten Bemühungen der USA im Rüstungskontroll- und Abrüstungsbereich zu begrüßen sind, ändert sich hierdurch nichts an dem Primat der militärgestützten, aggressiven Politik der Obama-Administration.

An welchen Punkten könnte Obama friedenspolitisch einschwenken?

Ganz dringlich ist die Verhinderung eines Angriffskrieges durch Israel und die USA gegen den Iran. (3) Bisher ist es gelungen, Israel von einem Angriff auf die nuklearen Anlagen des Iran abzuhalten. Jetzt wäre erforderlich: Eine Nichtangriffsvereinbarung zwischen USA/Israel und dem Iran verbunden mit der Ratifizierung der Zusatzprotokolle der IAEA durch Teheran und der korrekten Zusammenarbeit mit der IAEA. Das unwiderrufbare Bekenntnis aller Verhandlungspartner, dass dem Iran alle Rechte aus dem NVV-Vertrag zustehen, wie Iran auch alle Verpflichtungen aus dem NVV zu erfüllen hat. Die verpflichtende Erklärung zur Aufhebung der Sanktionen gegen Iran parallel zu den Verhandlungsfortschritten. Ein ernsthaftes Bemühen um eine atomwaffenfreie Zone in Mittel- und Nahost. Eine Konferenz hierzu wurde bereits von den Vereinten Nationen für 2012 beschlossen. Hieran sollte sich auch Israel als einziges Land mit Atomwaffen beteiligen. Parallel zu der geplanten UN-Konferenz wäre eine Dauerkonferenz nach dem Vorbild der `Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa` (KSZE) einzuberufen. Sie sollte neben der Sicherheitsfrage auch viele andere Themenbereiche gegenseitigen Interesses der Kooperation umfassen, um den gefährlichen Zustand der Konfrontation in diesem Bereich durch Kooperation zu überwinden.

Der israelisch-palästinensische Konflikt blockiert alle Friedensbemühungen in Nahost und mit der arabischen Welt. Hier hatte Obama bereits mit seiner Kairoer Rede angesetzt, dann aber nichts Wirksames folgen lassen. Das Verhältnis zu den arabischen Staaten ist für Friedenspolitik von größter Bedeutung. Gegenwärtig erlebt man eher die Zuspitzung von Feindbildern, während das Gegenteil vonnöten wäre. In diesem Zusammenhang könnte er auch die Politik der Aufrüstung seiner `willigen Staaten` bremsen.

Gänzlich unverständlich ist es, dass die USA bisher alle Möglichkeiten, die afghanische Intervention durch eine friedenspolitische Lösung zu beenden, nicht aufgegriffen, sondern stattdessen Killerdrohnen geschickt haben. Die Angebote und Pläne stehen dafür bereit. (4) In diesem Konflikt einen neuen Stil von US-Beendigung von Interventionskriegen zu erproben, wäre ein bedeutendes Signal auch für andere Interventen. Dies tatsächlich zu erreichen, würde durch die damit verbundene Budgetentlastung erleichtert werden.

Friedenspolitisch nicht zu überschätzen wäre die Aufgabe der US-Blockade in Sachen Klimaschutz. Dadurch würden nicht nur neue Tore geöffnet, es könnten damit auch weitreichende entwicklungspolitische Kooperationen verbunden werden. Ob Obama, dem dieses Thema nahe liegen müsste, angesichts der neuen Autarkie-Phantasien in den USA durch die neuen Öl-Crackingverfahren allerdings auf diesem Gebiet die allfälligen Widerstände überwinden kann, ist höchst fragwürdig.

Man könnte sich weitere friedenspolitische Veränderungen in Rüstung, Strategiebildung und Waffenexport vorstellen, doch ist zu erinnern, dass US-Außenpolitik eine beachtliche Kontinuität unabhängig von den jeweiligen Präsidenten aufweist. Große Schwenks sind nicht zu erwarten. Zudem setzen erneut die bornierten Kämpfe zwischen Republikanern und Demokraten um die Genehmigung von Finanzmitteln ein. Ferner wird sich Obama auf den innenpolitischen Bereich - Stichwörter: Arbeitslosigkeit, Konjunktur, marode Infrastruktur, Staatsverschuldung usw. - konzentrieren müssen. Was letztlich möglich sein wird, selbst wenn der Präsident eine friedenspolitische Wende wollte, ist ungewiss. Das Ergebnis kann durchaus lauten: "Im Westen friedenspolitisch kaum etwas Neues."

Anmerkungen

Birnbaum, N. Obamas Macht, Obamas
1 Ohnmacht, Blätter für deutsche und
internationale Politik, 12/ 2012, S.6

2 Zu dem ganzen Themenbereich sehr informativ:
Fey, Marco: Vier Jahre Obama sind nicht genug! Die
US-Nuklearwaffenpolitik am Scheideweg. HSK
Standpunkte Nr. 3 / 2012

3 s. Buro, Andreas und Ronnefeldt, Clemens: Iran-
Verhandlungen. Legitimation für einen
Angriffskrieg?, Dossier Ib des Monitoring-Projekts.
Hg.: Kooperation für den Frieden, Bonn 2012

4 Vgl. hierzu die zahlreichen Berichte
in <http://www.aixpaix.de>

*Andreas Buro ist u. a. friedenspolitischer Sprecher des Komitees für
Grundrechte und Demokratie und Koordinator des "Monitoring-Projekts: Zivile
Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention". 2008 hat er den Aachener
Friedenspreis erhalten.*

E-Mail: [andreas \(Punkt\) buro \(at\) gmx \(Punkt\) de](mailto:andreas (Punkt) buro (at) gmx (Punkt) de)



Panzer an Saudi-Arabien: Befragung von Bundestagsabgeordneten

Hermann Theisen

Wie denken eigentlich die Bundestagsabgeordneten über eine Lieferung von Kriegswaffen an Saudi-Arabien? Der Autor dokumentiert eine schriftliche Befragung der MdBs zu ihrem Abstimmungsverhalten.

Eine Meldung des Nachrichtenmagazins Spiegel im Sommer 2011 war voller Brisanz: *"Deutschland ist bereit, moderne Leopard-Kampfpanzer an Saudi-Arabien zu liefern. Damit ändert die Bundesregierung eine jahrzehntelange Linie, dem autoritär geführten Königreich keine schweren Waffen zu liefern."*

Nur wenige Tage später kam es zu einer Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag, die von der Opposition beantragt worden war. Oppositionsabgeordnete attackierten dabei die Regierung vom Rednerpult aus und mit zahlreichen Zwischenrufen. Während jedoch die Opposition ihre wichtigsten VertreterInnen ans Rednerpult schickte, entsandte die Regierungskoalition indes eher politische Leichtgewichte, die ihren Unmut über den in Rede stehenden Rüstungsdeal lediglich hinter hervor gehaltener Hand in Hintergrundgesprächen verlautbaren ließen. Am Rednerpult zeigten sie sich bemüht, regierungsfreundlich zu argumentieren und beschränkten sich dabei meist auf den Verweis der Geheimhaltungspflicht des Bundessicherheitsrates.

Demgegenüber zeigte sich die Opposition empört über den Rüstungsdeal mit den Saudis und kritisierte, dass es hier um wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie und nicht etwa um sicherheitspolitische Interessen der Bundesregierung gehen würde. Als Argumentationshilfe für die Abgeordneten der Regierungsfractionen gab es zuvor Handreichungen, die sich bemühten, die besondere Bedeutung Saudi-Arabiens im Kampf gegen den Terrorismus und als stabilisierenden Faktor im Nahen Osten hervorzuheben. Um seine Macht zu erhalten, setzt das Königshaus jedoch demgegenüber auf Unterdrückung und auf das Ausschütten finanzieller Mittel, um sich damit den sozialen Frieden zu erkaufen. Amnesty International und Human Rights Watch kritisieren Saudi-Arabien deshalb seit langem schon für unzählige Verletzungen von Menschenrechten: Dissidenten werden verhaftet, Geständnisse erzwungen, die Todesstrafe vollzogen und jegliche Opposition verboten.

Die Befragung

Im Juli 2012 haben wir alle Bundestagsabgeordneten schriftlich zu ihren Beweggründen befragt, den Antrag: "Keine Genehmigung zur Lieferung von Kriegswaffen an Saudi-Arabien" (Drucksache 17/6529) zu befürworten bzw. abzulehnen.

82 Bundestagsabgeordnete antworteten auf diese Befragung. Die Antworten fielen insgesamt wenig überraschend aus, beschränkten sie sich doch meist auf die bereits bekannten Fraktionsmeinungen.

Zwei "Ausreißer" gab es aber, denn sowohl der CDU-Politiker Polenz (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag), als auch der FDP-Politiker Dr. Lindner (er bezog sich zwar auf eine Erklärung zu Katar, wollte diese aber auch auf das Problem Saudi-Arabiens verstanden wissen), nahmen in einer ebenso deutlichen wie überraschenden Form Stellung, weshalb ihre Antworten hier nachfolgend dokumentiert werden sollen:

Ruprecht Polenz: *"Ich dränge darauf, dass die Bundesregierung ihre Informationspolitik ändert. Es ist sehr unbefriedigend, dass der Bundestag erst dann über Waffenverkäufe debattieren kann, wenn diese im Rüstungsexportbericht veröffentlicht worden sind. Zu diesem Zeitpunkt hat es häufig bereits ein langes und vertrauliches Beratungsverfahren gegeben, in das das Parlament nicht eingebunden war. Wir brauchen in diesen Fragen mehr Transparenz. (...) Die Regierung sollte den Bundestag deutlich früher über geplante Rüstungsexporte informieren. Dann könnte man auf einer vernünftigen Grundlage darüber debattieren, ob sie sinnvoll sind. (...) Saudi-Arabien spielt beim Umbruch in der Arabischen Welt keine gute Rolle."*

Dr. Martin Lindner: *"Die Menschenrechtssituation ist wichtig! Und die Menschenrechte in Katar entsprechen keineswegs unseren Standards von Freiheit und Demokratie. Aber würde sich die Menschenrechtssituation in Katar verbessern, wenn die Leopard 2 nicht geliefert würden? Denn Katar ist durchaus in der Lage, sich ein vergleichbares Waffensystem aus anderen Ländern wie z.B. der USA zu beschaffen. So komme ich im Gegenteil zu dem Ergebnis, dass Sicherheitspartnerschaften durch Lieferung von Technik, Schulungen und Personalaustausch geeignet sind, langfristig günstig auf die Entwicklung der belieferten Länder einzuwirken. Wer sich auf den Standpunkt zurückzieht ähne mich, macht es sich zu leicht. Man feiert sich als moralisch anständig und überlässt verantwortungslos Fragen der Stabilität und der Entwicklung anderen. Schließlich müssen wirtschaftliche Aspekte ebenfalls berücksichtigt werden. Hierbei geht es nicht nur um die Tausende von Beschäftigten beim Hersteller, sondern um die Menschen in vielen kleinen Unternehmen, die zuliefern."*

Die Antworten sprechen für sich! Die ausführliche Dokumentation mit den Antworten der MdBs kann auf Wunsch per Email gerne zugesandt werden: Hermann.Theisen@t-online.de

Hermann Theisen ist Friedensaktivist und lebt in Heidelberg.

E-Mail: [Hermann \(Punkt\) Theisen \(at\) t-online \(Punkt\) de](mailto:Hermann (Punkt) Theisen (at) t-online (Punkt) de)

Die Raketenstationierung in der Türkei

The Patriots to the Front!

Andreas Buro

Der Bundestag hat im Dezember 2012 gegen die Stimmen der Linken der Stationierung von Patriot-Raketen in der Türkei zugestimmt. Mehrheitlich waren auch die Abgeordneten der SPD und der Grünen dafür. Zukünftige Waffenbrüderschaft für jede denkbare Koalition nach den Bundestagswahlen ist also gesichert.

Die Patriots können zwar nicht Granaten abwehren, die hin und wieder - von wem auch immer abgefeuert - die türkisch-syrische Grenze überqueren. Syrische Raketen oder Bomber kamen bislang gegen die Türkei nicht zum Einsatz. Diese könnten allerdings von den Patriots mit einiger Sicherheit abgewehrt werden.

Doch warum sollte Syriens Präsident Assad die Türkei mit Raketen und Bomben angreifen? Diese ist militärisch viel mächtiger als Syrien und hat zudem noch die ganze NATO hinter sich. Hat Assad nicht genügend Feinde im eigenen Land, mit denen er nicht fertig werden kann? Ist diese Begründung für die Stationierung nicht absurd?

Die Patriots wären allerdings nützlich, wenn die NATO über Syrien eine Flugverbotszone einrichten wollte. Das weist sie gegenwärtig zwar strikt zurück, doch diese Haltung kann sich

schnell ändern. Man erinnere sich an die angeblichen Angriffe vietnamesischer Küstenwachboote auf schwer bewaffnete US-Zerstörer im Golf von Tonking. Danach konnte der US-Präsident zur Verteidigung der USA den ungehinderten Bombenkrieg gegen Nord-Vietnam entfesseln. Doch es gibt auch andere höchst bedrohliche Beispiele wie die potemkinschen Atomwaffen des Irak, die den Überfall auf dieses Land rechtfertigten sollten.

FF2013-1

Im Blickpunkt

Die Raketenstationierung in der Türkei

The Patriots to the Front!

Andreas Buro

Der Bundestag hat im Dezember 2012 gegen die Stimmen der Linken der Stationierung von Patriot-Raketen in der Türkei zugestimmt. Mehrheitlich waren auch die Abgeordneten der SPD und der Grünen dafür. Zukünftige Waffenbrüderschaft für jede denkbare Koalition nach den Bundestagswahlen ist also gesichert.

Die Patriots können zwar nicht Granaten abwehren, die hin und wieder - von wem auch immer abgefeuert - die türkisch-syrische Grenze überqueren. Syrische Raketen oder Bomber kamen bislang gegen die Türkei nicht zum Einsatz. Diese könnten allerdings von den Patriots mit einiger Sicherheit abgewehrt werden.

Doch warum sollte Syriens Präsident Assad die Türkei mit Raketen und Bomben angreifen? Diese ist militärisch viel mächtiger als Syrien und hat zudem noch die ganze NATO hinter sich. Hat Assad nicht genügend Feinde im eigenen Land, mit denen er nicht fertig werden kann? Ist diese Begründung für die Stationierung nicht absurd?

Die Patriots wären allerdings nützlich, wenn die NATO über Syrien eine Flugverbotszone einrichten wollte. Das weist sie gegenwärtig zwar strikt zurück, doch diese Haltung kann sich schnell ändern. Man erinnere sich an die angeblichen Angriffe vietnamesischer Küstenwachboote auf schwer bewaffnete US-Zerstörer im Golf von Tonking. Danach konnte der US-Präsident zur Verteidigung der USA den ungehinderten Bombenkrieg gegen Nord-Vietnam entfesseln. Doch es gibt auch andere höchst bedrohliche Beispiele wie die potemkinschen Atomwaffen des Irak, die den Überfall auf dieses Land rechtfertigten sollten.

Doch für eine Flugverbotszone - wir erinnern uns voller Trauer an etwa 50 000 Tote als Folge einer Flugverbotszone in Libyen - müssten die Vereinten Nationen ihre Zustimmung geben. Was noch nicht ist, kann vielleicht über einen Giftgaszwischenfall noch arrangiert werden. Wenn aber Russland und China blockieren, stellt sich die Frage, wer sind denn eigentlich die Vereinten Nationen!? Die NATO verfügt doch über viel mehr Militär! In den geltenden Strategien ist der "Kosovo-Fall" längst vorgesehen.

Im schlimmsten Fall kann man auch von irgendwoher eine Rakete in die Türkei feuern. Damit träte der Verteidigungsfall der NATO ein und ein NATO-Krieg gegen Syrien könnte schnell in Gang gesetzt werden. Dabei wären die Patriots und die AWACS-Aufklärer militärisch durchaus sehr nützlich. Würden diese selbst von Syrien her angegriffen, dann wäre die NATO und damit auch Deutschland mitten drin in der "Humanitären Intervention". Wie weit mag diese dann gehen?

Spätestens im NATO-Verteidigungsfall könnte die Türkei versucht sein, eine Sicherheitszone im syrischen Grenzland einzurichten - natürlich zum Schutz der syrischen Kriegsflüchtlinge. Zufälligerweise würde diese Sicherheitszone die Siedlungsgebiete der kurdischen Syrier einschließen. Diese sind gerade damit beschäftigt, dort eine autonome kurdische Zone unter Anleitung des syrischen PKK-Ablegers PYD zu gründen. Sie erhalten dabei nicht nur PKK-Hilfe, sondern auch politische und sonstige Unterstützung von der kurdisch-irakischen Regierung in Erbil. Der Türkei, die sich bislang auf keine friedliche, politische Lösung mit den türkischen Kurden verständigen konnte, sondern gegenwärtig eine höchst repressive Politik ihnen gegenüber betreibt, ist diese Entwicklung natürlich ein Dorn im Auge. Wäre nicht eine solche Sicherheitszone eine ausgezeichnete Möglichkeit, dem kurdischen Spuk die Grundlage zu entziehen?

Seit Ronald Reagans Strategic Defense Initiative (SDI) in den 1980er Jahren ist das Thema Verteidigung gegen Raketen aller Art nicht zur Ruhe gekommen. Russland konnte sich einen Wettlauf in diesem Bereich kaum leisten. Es befürchtete wohl zu Recht, dass diese Systeme das globale "Gleichgewicht der Abschreckung" vom Westen her aushebeln könne. Der Westen hat jedoch diese Technologie konsequent vorangetrieben. In letzter Zeit wurde ein europäischer Abwehrschirm mit dem wenig glaubhaften Argument legitimiert, man müsse sich gegen Raketen aus dem Iran schützen. Für die Stationierung solcher Abwehrsysteme war stets auch die Türkei im Gespräch. Es liegt daher nahe, die jetzige Stationierung der Patriots und der AWACS an der türkisch-syrischen Grenze mit der Errichtung des gesamten Abwehrschirms in Verbindung zu bringen. Sollte der Iran tatsächlich in den Kampf des Westens um die Kontrolle des gesamten Bereiches von Mittel- und Nahost einbezogen werden - etwa durch einen israelischen Angriff, dem die USA folgen würden - dann stünden wohl die deutschen, amerikanischen und niederländischen Patriots an der richtigen Stelle. Und die Nabucco-Pipeline steht vor dem Scheitern, wenn sie keinen Zugang zum iranischen Gas erhält.

Anders F. Asmussen, der NATO-Generalsekretär, versichert uns, während er gleichzeitig über eine militärische Intervention in Syrien nachdenkt, dass die Patriots nur der Verteidigung der Türkei und des NATO-Landes dienen würden. Mir fällt dazu der doppelsinnige Ausspruch des englischen Königs Edwards III (1312-1377) ein, als er bei einem Hofball seiner Maitresse ein verlorenes Strumpfband aufhob und überreichte: "Honi soit, qui mal y pense" - "Ein Schuft, wer Böses dabei denkt"!

Andreas Buro ist u. a. friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie und Koordinator des "Monitoring-Projekts: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention". 2008 hat er den Aachener Friedenspreis erhalten.

E-Mail: andreas (Punkt) buro (at) gmx (Punkt) de